

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die 6-gelassene Seite 1.— Mk. von anwärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten bei 1. Jahrgang 3.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Abnahme bis 1000—1500. — Druckerei Danzig 2948. — Telefon: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 57

Mittwoch, den 8. März 1922

13. Jahrgang

## Rathenau über die Wiedergutmachungsfrage.

Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute die Besprechung des Haushaltsplanes des Reichsministeriums des Äußeren fort. Bei dieser Gelegenheit hielt der Minister Dr. Rathenau eine Rede über das Reparationsproblem.

Der Minister führte aus, daß gegenüber dem Reparationsproblem drei Auffassungen in Deutschland erkennbar waren. Die eine ging dahin, es müsse Festigkeit gezeigt und Widerstand geleistet werden; es müsse die Reparationsleistung abgelehnt werden, weil sie von Deutschland nicht getragen werden könne. Eine solche Politik könnte man als Katastrophenpolitik bezeichnen. Die zweite Auffassung ging dahin, daß man zwar bis zu einem bestimmten Maße sich dem Reparationsproblem nähern dürfe, daß man aber mit aller Offenheit erklären sollte, die Leistungen seien unerfüllbar und es habe überhaupt keinen Zweck, sie in irgendwelchem bedeutenderen Ausmaße in Erwägung zu ziehen. Diese Politik würde bezeichnet als die Politik mangelnder Psychologie und Erkenntnis der Weltlage. Die dritte Auffassung hält eine Verpflichtung zur Reparation für das Reich gegeben, die geschaffen ist durch die Unterschrift seiner maßgebenden Stellen. Diese Auffassung vertrat auch die Reichsregierung. Sie ging davon aus, daß unter allen Umständen der Versuch gemacht werden müsse, den ehemaligen Gegnern zu zeigen, daß Deutschland bereit sei, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen.

Psychologisch habe sich das Vorgehen der Regierung als richtig erwiesen. Die Sprache der Tatsache sei so stark gewesen, daß heute in allen Ländern das Reparationsproblem von neuem studiert werden müsse. Gerade in diesem Augenblick schweben die Verhandlungen darüber, auf welches Maß die Reparationen für das Jahr 1922 begrenzt werden sollen.

Die praktische Politik der Regierung führte als erste Etappe nach Wiesbaden.

In Wiesbaden handelte es sich darum, Modalitäten zu finden, um überhaupt dem Reparationsproblem eine Unterlage der Durchführbarkeit zu geben. Der Begriff der Sachleistungen trat in den Vordergrund. Der Minister betont, daß notwendigerweise die zerstörten Gebiete in Nordfrankreich wiederhergestellt werden müssen. Solange sie als Wüstenen zwischen Deutschland und Frankreich liegen, würden sie ein Symbol der Spaltung zwischen den Völkern bleiben.

Die bevorstehende Konferenz von Genoa werde vermutlich das erste Glied einer Serie von Konferenzen sein, die voraussichtlich dieses Jahr und das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden. Die Völker seien heute noch zu weit entfernt von der Klarheit über die Erkrankungsurache der ganzen Wirtschaft, als daß man annehmen könne, es wären sofort endgültige Heilungsprozesse möglich.

Zum Schluß kam Rathenau auf das Verhältnis Deutschlands zu Rußland zu sprechen. Er führte dabei aus, daß es ein Fehler der deutschen Politik wäre, sich vom Londoner Konzern fernzuhalten, der ja nicht allein den Wiederaufbau Rußlands, sondern ganz Mittel- und Osteuropas anstrebe. Deutschland kenne die russische Psychologie gut, und es kenne auch die russischen Interessen und achte sie. Mit dem Londoner Konzern sei nicht im entferntesten der Gedanke verknüpft, Rußland als eine Kolonie zu behandeln. Ein Syndikat zur Kolonisierung Rußlands müsse unbedingt zurückgewiesen werden. Bei der Londoner Gründung handle es sich aber um eine Kooperation zur Hilfe für Osteuropa. Deutschland werde Rußland auch mit intellektuellen Kräften zu Hilfe kommen.

## Auf der Ministersuche in Polen.

In einer Sitzung des Seniorenkonzils erklärte der Sejmarschall Trompczynski, daß die Verhandlungen mit der Wilnaer Delegation bisher kein Ergebnis gezeigt hätten. Ponikowski steht auf dem Standpunkt, daß sein Kabinett, welches zunächst die Geschäfte weiterführt, auf die Bedingungen der Wilna-Delegation unter keinen Umständen eingehen könne. Der „Kurjer Warszawski“ schreibt: Wenn der Sejm die Zustände auf die Wilnaer Delegation

für notwendig halte, so müsse er schleunigst eine neue Regierung bilden, mit einem klaren und zielbewußten Programm. Indessen würde die Bildung eines neuen Kabinetts große Schwierigkeiten bieten. Die Kombination eines neuen Witos-Kabinetts als Zentrumsregierung mit von Fall zu Fall zwischen rechts und links wechselnder Mehrheit wird in Sejmkreisen angefaßt der heftigen Opposition der äußersten Linken und Rechten als wenig aussichtsreich betrachtet. Eventuell käme ein Beamtenministerium unter Skulski in Frage, oder unter dem jetzigen politischen Generalkommissar in Danzig Pluczinski. In eine Regierung Pluczinski könnten vielleicht auch

die Minister Skirmunt und Michalski wieder eintreten. Endlich wird die Kandidatur Stekolowicz genannt, der im Ponikowski-Kabinett eine über sein Ressort als Postminister hinausragende Bedeutung erlangt hatte.

## Litauen besteht auf den Suwalkier Vertrag.

Die Wilna-Krise des polnischen Kabinetts hat in Kownoer politischen Kreisen größte Sensation hervorgerufen. Die Kownoer Regierung ist nach wie vor entschlossen, aufs entschiedenste die Herstellung der im Vertrage von Suwalki vorgesehenen Rechtsgrundlagen zu fordern, die bekanntlich das Wilna-Gebiet Litauen zusprach.

## Sozialdemokratie und Verfassungsänderung.

Seit Monaten steht in Danzig die Frage der Verfassungsänderung im Vordergrund der Debatten. Der Bürgerblock hatte seinerzeit festgelegt, daß die hauptamtlichen Senatoren auf 12 Jahre gewählt werden sollten, weil man angeblich für einen kürzeren Zeitraum keine geeigneten Kräfte für die Stellen finden würde. Der Völkerbund, der nach dem Friedensvertrag die Verfassung zu genehmigen hat, forderte die Herabsetzung der Amtsdauer von 12 auf 4 Jahre, da bei veränderten Parteiverhältnissen im Volkstag diese sich auch in der Zusammensetzung des Senats widerspiegeln müßten. Nach längerem Sträuben wurde vom Senat ein diesbezüglicher Antrag im Volkstag eingebracht. Dieser Verfassungsänderungsantrag wurde aber von den drei Linksparteien abgelehnt. Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt des parlamentarischen Systems und forderte daher die völlige parlamentarische Verantwortung der hauptamtlichen Senatoren. Da infolge des Verhaltens der Linksparteien der Verfassungsänderungsantrag die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit nicht erlangte, beschäftigte sich der Völkerbundsrat in seiner Sitzung am 12. Januar erneut mit der Frage und nahm dabei folgenden Bericht des Barons Ishit an:

Der Rat hat am 22. Juni 1921 einen Bericht angenommen, welcher den Wortlaut einer Klausel enthielt, welche als Abänderung in die Verfassung der Freien Stadt eingefügt werden sollte. Diese Klausel betraf die Amtsdauer des Präsidenten und der sechs anderen hauptamtlichen Senatoren der Freien Stadt. Wie der Rat schon durch Schriftstücke, die der Generalsekretär übermittelte, erfuhr, ist ein Gesetzentwurf zur Abänderung der Verfassung hinsichtlich dieses Gegenstandes durch den Senat dem Danziger Volkstag vorgelegt worden, aber von diesem noch nicht angenommen worden. Wie der Präsident des Senats von Danzig in seinem Schreiben vom 31. Dezember 1921 darlegt, konnte im Augenblick der Abstimmung die durch die Verfassung vorgeschriebene Mehrheit, die mindestens zwei Drittel der erwählten Vertreter des Volkstages umfassen muß, nicht erreicht werden, als die Abänderung am 31. Dezember 1921 dem Volkstage zur Prüfung vorgelegt wurde. Nach seiner Mitteilung haben gewisse Gruppen des Volkstages die Annahme der Abänderung verhindert, weil sie radikale Abänderungen an der Verfassung wünschten.

Weitere Feststellungen über diese Sache, die von Mitgliedern des Volkstages herrühren, und welche der Präsident des Senats durch Vermittelung des Oberkommissars dem Völkerbund übermittelt hat, sind ebenfalls zu meiner Kenntnis gebracht worden.

Ich habe den Wortlaut des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Verfassung geprüft. Ich habe ihn mit dem Wortlaut verglichen, der am 22. Juni durch den Rat angenommen wurde, und ich glaube, daß der Rat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf zu machen haben wird, wie er durch den Präsidenten des Senats unterbreitet worden ist. Wir könnten also den Oberkommissar ermächtigen, der Verfassung seine endgültige Genehmigung zu geben, wie es durch Artikel 108 § 1 des Vertrages von Versailles vorgesehen ist, sobald der Gesetzentwurf endgültig als Änderung der Verfassung angenommen sein wird. Des weiteren hoffe ich, daß die Freie Stadt Danzig diese neue Frist, die ihr gegeben ist, dazu benutzen wird, die Frage der Verfassung so schnell als möglich zu regeln, damit es dem Oberkommissar möglich ist, den Rat während seiner nächsten Tagung in Kenntnis zu setzen, daß er seine endgültige Zustimmung der Verfassung gegeben habe.

Ich beehre mich, insofern, folgende Resolution vorzuschlagen: Der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig ist ermächtigt worden, gemäß § 1 des Artikels 108 des Vertrages von Versailles seine endgültige Genehmigung der Verfassung der Freien Stadt Danzig zu erteilen, sobald der Gesetzentwurf bez. der Amtsdauer der Senatoren, welcher dem Schreiben des Präsi-

den des Senats vom 14. November 1921 beigefügt war, als Änderung an der Verfassung angenommen sein wird.

Nunmehr hat der Senat dem Volkstag erneut den Gesetzentwurf über die Änderung der Verfassung zugehen lassen. Der entscheidende Paragraph 1 hat folgenden Wortlaut:

1. Der Absatz des Artikels 25 erhält folgende Fassung: Der Präsident und 7 Senatoren im Hauptamt werden auf je 4 Jahre vom Volkstage gewählt. Die Wahl erfolgt frühestens 6 Monate und spätestens 12 Monate nach Beginn der Amtsdauer des Volkstages. Die Gewählten treten ihre Ämter ein Jahr nach Beginn der Amtsdauer des wählenden Volkstages an. Scheidet einer der Gewählten durch Tod oder aus sonstigen Gründen vorzeitig aus, so findet eine ~~einmalige~~ Ersatzwahl nur für den Rest der Amtsdauer des Ausscheidenden statt. Die Amtsdauer der von dem ersten Volkstage Gewählten endet ein Jahr nach Beginn der Amtsdauer des zweiten Volkstages.

2. Hinter vorstehendem Absatz des Artikels 25 wird folgende Bestimmung als Absatz 8 eingefügt:

Der stellvertretende Präsident und 13 Senatoren im Nebenamt werden auf unbestimmte Zeit vom Volkstage gewählt.

Das Schicksal des neuen Senatsentwurfs hängt wiederum von der Haltung der Sozialdemokratie ab. Unsere Volkstagsfraktion hat den früheren gleichen Senatsantrag zu Fall gebracht. Sie brachte damit nicht nur ihren prinzipiellen Standpunkt zum Ausdruck, daß wir in Konsequenz unseres demokratischen Programms die volle parlamentarische Verantwortung des Senats fordern. Unsere ablehnende Stellung war auch eine Dittung für den Bürgerblock, der sich bei der Schaffung der Verfassung über alle sozialdemokratischen Einwände hinweggesetzt hatte. Und wir haben auch jetzt wahrlich keine Veranlassung, dem reaktionären Bürgerblock einen Gefallen zu tun und ihn von seinen Verfassungsschmerzen zu befreien. Andererseits aber ergibt sich die Frage, ob das bisherige parlamentarische Spiel in dieser Angelegenheit immer weitergehen soll: Bürgerblock für Verfassungsänderung, Linksparteien dagegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Bürgerblock in seinem Herzen Gegner der Verfassungsänderung ist und an der 12-jährigen Amtsperiode der Senatoren festhalten möchte. Der Bürgerblock fügt sich in dieser Frage nur dem Machtgebot des Völkerbundes und wäre herzlich froh, wenn das Verlangen des Völkerbundes auf demokratische Ausgestaltung der Verfassung an dem Verhalten der Linksparteien scheitern würde. Schon diese Tatsache dürfte bei einer erneuten Stellungnahme unserer Fraktion zu der Frage nicht ohne Bedeutung sein. Hinzu kommt, daß unser Verhalten eine weitere Änderung der Verfassung in demokratischem Sinne nicht erzielen dürfte. Käme jetzt die neue Vorlage nicht zur Annahme, so könnte es der Völkerbund bei der Ablehnung seines Verlangens bewenden lassen und damit wäre nur dem Bürgerblock ein Gefallen getan, oder der Völkerbund oktroyiert dem Freistaat die gewünschte Verfassungsänderung auf. Das aber wäre ein schwerer Schlag für das Selbstbestimmungsrecht des Danziger Volkes. Die dem Freistaat so oktroyierte Verfassungsänderung dürfte aber kaum weitere demokratische Verbesserungen aufweisen als der jetzige Senatsentwurf. Im Gegenteil könnte ein Völkerbundsdictat uns auch in der Verfassung manche unangenehme Ueberraschungen bringen.

Alle diese Erwägungen dürften dazu beitragen, daß die Sozialdemokratie dem erneuten Senatsantrag auf Änderung der Verfassung keine Schwierigkeiten bereiten dürfte.



# Der deutsch-nationale Durchdringer.

Katzenla der Verehrung des Reiches des Deutschen Reiches  
 mündig im geschichtlichen Gesamtstand und in der  
 über Mittelungen der die Einführung der Deutschen  
 demselben Direktor in der Landwirtschaftlichen  
 zu Gassen, Nordmann, mit Kuller...  
 Ein Wortmann gab bekanntlich schon einmal an einer  
 Fleinen Anfrage nach, deren Verantwortung nach der  
 Mängelungen des Gewissen über falls war. Im Falle  
 bei Wortmann, nach einem Befehle...  
 schrank der Frau Wortmann gefunden wurde, während  
 des Krieges folgende Bedemittel auf Kosten der Behr-  
 anstalt besagen:

**Befehlsliste:**  
 1917. 17. 9. 17.

Opfkonferenzen:	
20 Bächen Reineclauden R.	15 Bächen Erbsen E.
20 Bächen Ofisch P.	3 Glas Erbsen
37 Bächen Stachelbeeren St.	7 Flaschen Erbsen
14 Glas Stachelbeeren St.	15 Bächen Bohnen Schnitt SW.
6 Flaschen Stachelbeeren St.	5 Flaschen Bohnen Schnitt
6 Glas Aprikosen A.	12 Bächen Bohnen Bruch B.
30 Bächen Aprikosen A. & AU.	20 Bächen Puhbohnen
20 Bächen Aprikosen AS.	14 Bächen Spargel
24 Glas Aprikosen	4 Glas Stangenpargel
5 Flaschen Aprikosen	7 Glas Melonin
29 Glas Aprikosen	3 Glas Rhubarber
20 Bächen Birnen SBZ.	40 Flaschen Tomatenmark
20 Glas Birnen	Säfte:
48 Bächen Mirabellen M.	9 Flaschen Johannisbeerfaft
21 Glas Mirabellen	16 Flaschen Aprikosenfaft
6 Flaschen Erdbeeren	26 Flaschen Erdbeerfaft
32 Glas Erdbeeren	Gelees:
2 Bächen Pflaumen	17 Glas Johannisbeergelees
14 Röhre Dunschwetschen	20 Glas Apfelsgelees
4 Glas Zwetschen	6 Glas schwarzen Johannisbeergel-
3 Flaschen Johannisbeeren	gelees
13 Flaschen Zwetschenmark	

**Marmeladen.**  
 5 Eimer gemischte Marmelade,  
 4 Töpfe gemischte Marmelade,  
 1 Töpfe Erdbeermarmelade,  
 5 Eimer Mirabellenmarmelade,  
 18 Glas Erdbeermarmelade,  
 19 Glas Aprikosenmarmelade,  
 18 Glas Aprikosenmarmelade.

(Wo bleibt die Rüben und Rostkohlmarmelade?)  
 Mar steht, Herr Wortmann hat nicht gedacht, während  
 der große Teil des deutschen Volkes sich mit Dörrengemüse  
 und dergleichen mehr jahrelang zufriedengeben mußte. Nach-  
 dem die vorstehenden Feststellungen gemacht worden sind, ist  
 von der preussischen Regierung zu erwarten, daß sie nach-  
 träglich gegen den vergangenen Direktor der Landwirtschaft-  
 lichen Schenkung in Weissenheim einschreitet.

## Don der bayerischen Reaktion.

Das „Aller-Abendblatt“ meldet aus München:  
 Ein bayerischer Heimat- und Königsbund, in Treue fest  
 e. W.“ beruft auf kommenden Sonntag eine Gründungsver-  
 sammlung seines Stammverbandes Oberpfalz nach Regens-  
 burg ein.  
 Die von Rosenheim aus verbreitete Korrespondenz, die  
 diese Mitteilung bringt, teilt aus dem Gründungsaufruf  
 folgende Sätze mit: „Alle Wohlgesinnten, die nicht nur für  
 den Tag und für den Bauch leben, erblicken in der alten  
 bayerischen Volksgemeinschaft unter einem König das Wesen  
 der Götter. Der Selbstzerfleischung, der riesigen Summe  
 der Götter, muß ein Ende bereitet werden. Der einzige Weg zur  
 Volksgemeinschaft geht von der Heimat aus. Nichts wir  
 unsere Heimat auf, so bringen wir auch das Vaterland im  
 Sinne der überlieferten Staatsform wieder hoch. Nur die  
 Heimat wird uns zur Rettung und zum Heil, wenn sich alle  
 überaltpflichtig und monarchistisch gesinnten Bayern im Heimat-  
 bünde aufzuspenden.“  
 Die Korrespondenz teilt dann mit, daß dem vorbereiten-  
 den Ausschuss der Domdekan Dr. Kieß, der der bayerischen  
 Volkspartei angehört, und der Reichstagsabgeordnete Dr.  
 Heim angehören. Die Wichtigkeit dieser Angabe voraus-  
 gesetzt, würde der neuen Gründung zweifellos mehr Bedeu-

nung betonen, daß die der bayerischen Staatsform, auch  
 der verschiedenen Personen, die den Reich zum Vordringen mit  
 unterstützen haben, bereits...  
**Neue Lohnbewegung der deutschen Beamten und Arbeiter.**  
 Am 8. März haben die fünf Spitzenorganisationen: Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, A.G.A. Bund, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsbund der Reichsregierung eine schriftliche Eingabe übermitteln, in der mit Rücksicht auf die gewaltig...  
**Autokrätzig Ford in Hamburg.**  
 Der Berliner „Tag“ machte vor einigen Tagen eine aufsehenerregende Mitteilung über die geplante Niederlassung des amerikanischen Automobilfabrikanten und Millardiers Ford in Hamburg. Er nannte diesen Plan „eine wirtschaftliche und nationale Gefahr“ und die Reichsregierung im Reich übernahm diesen Alarmruf sofort. Nach den Meldungen des „Tag“ soll es sich darum handeln, daß Ford eine Automobilfabrik zu gründen beabsichtigt, die 40 000 Arbeiter beschäftigen soll. Wie der Hamburger Korrespondent des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes hierzu erzählt, ist es richtig, daß vor ungefähr sechs Wochen durch einen Vertreter Fords versucht worden ist, in Hafenvorten an der Wasserfront ein geeignetes Gelände zu erwerben, und daß auch Verhandlungen in Hamburg stattgefunden haben. Verhandlungen in Bremen, Wilhelmshafen und Blümlingen führten zu keinem Erfolge, da geeignetes Gelände nicht vorhanden war. Die Verhandlungen in Hamburg sind nicht wieder aufgenommen worden, also über das Anfangsstadium nicht hinausgekommen. Die Arbeiterschaft hat kein Interesse daran, gegen den genannten Plan Stellung zu nehmen. Die Hamburger Arbeiterschaft und die Gewerkschaften stehen einem Unternehmen, wie es von Ford geplant wurde, sympathisch gegenüber.  
 Das letztere kann man begreifen. In einer Denkschrift des Hamburger Arbeiterrats zur Groß-Hamburger Frage wird die Ansiedlung industrieller Werke an der Wasserfront mit Rücksicht auf die erleichterte Zufuhr ausländischer Rohstoffe besonders betont. Diese Entwicklung wird sich bei der Rolle, welche die ungeheuren Frachten im Produktionsprozess spielen, nicht aufhalten lassen. Sie bedeutet aber Umzug vieler tausender Arbeiter aus dem Reich an die Wasserfront. Bringt dies schon große wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich, so würden diese natürlich bei Verwirklichung von Plänen wie denen von Ford noch größer werden. Mittel dagegen wird es aber kaum geben.

## Frankreichs „Abrüstung“.

In der französischen Kammer steht zurzeit die Seeresreform, die noch von Brand ausgearbeitet wurde und von Poincaré übernommen worden ist, zur Debatte. Die Reform bedeutet eine Verringerung der Dienstzeit, eine Verminderung der gegenwärtigen Seeresätze, gleichzeitig aber einen jährlichen Mehrertrag von 550 Millionen Franken. Frankreich bleibt nach wie vor die stärkste Marinemacht der Welt! Die Seeresreform bedeutet

in Wirklichkeit einen Umbau der Gesamtarmee auf neues Grundriss. Es werden auf fünfzigtausend 104 Infanterie und 125 Kavallerieregimenter bestehen bleiben, obwohl Frankreich im Jahre 1914 nur 170 Infanterie- und 110 Kavallerieregimenter hatte. Die Gesamtstärke der Gesamtarmee um 17 000 Mann mehr als zuvor festsetzen werden, daß in die Militär-...  
**Gerichtsverfahren gegen Rodstroff.**  
 Im Unterhause erklärte Chamberlain auf eine Anfrage, daß die deutsche Regierung gegen die Familie Rodstroff und andere Mitglieder der Rodstroff-Werke ein gerichtliches Verfahren eingeleitet habe. Ein Entkommen dieser Familie unmöglich zu machen, sei Angelegenheit der deutschen Regierung.  
**Lohnerhöhung der holländischen Arbeiter Berlins.**  
 Das vom Reichsarbeitsministerium eingesezte Schiedsgericht über den neuen Lohnsatz der holländischen Arbeiter hat auf Grundlage des Vorschlages des Magistrats einen Schiedsspruch gefällt. Danach erhalten die männlichen Arbeiter für Februar eine einmalige Zulage von 200-500 Mark in vier Gruppen, je nach dem Lebensalter. Vom 1. März 1922 erhalten dieselben vier Arbeitergruppen eine Stundenzulage von 1-2,50 Mark. Weibliche Arbeitnehmer erhalten 80 Prozent der genannten Zulage. Diese Regelung gilt bis zum 31. März 1922 und danach ohne Kündigungsfrist bis auf weiteres. Eine Erklärung muß bis 15. März einschließlich erfolgen.

zunahme der Gewerkschaften in Spanien. Der spanische Allgemeine Arbeiterverband, der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehört, konnte im Jahre 1921 seine Mitgliederzahl von 228 000 auf 248 000 steigern. Außerdem haben seitdem mehrere Gewerkschaften den Anschluß beschlossen, u. a. der Landesverband der Handelsangestellten, der Verband der Bauarbeiter, mehrere Provinzialverbände der Landarbeiter usw. Die größten angeschlossenen Verbände sind die der Landarbeiter mit 81 827 und der Bergarbeiter mit 53 848 Mitgliedern. Darauf folgen die Bauarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter usw.

Niedgang der Gewerkschaften in Norwegen. Schon während des Generalstreiks im Juni 1921 verlor der norwegische Gewerkschaftsbund fast 28 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahl, die im April 1920 den Höchststand mit 148 484 erreicht hatte, ging nach jenem Streik auf 118 187 zurück. Im September 1921 waren noch 104 000 und Ende des verfloßenen Jahres kaum noch 100 000 Mitglieder vorhanden. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Norwegen fast 50 000 Arbeitslose, eine außergewöhnlich hohe Zahl hat.

# Ich bin das Schwert!

Roman von  
 Hans Marie von Nathusius.  
 (56.)  
 (Fortsetzung.)

Während sich Christian sehr um mich bemühte, sich entschuldigte, daß er mich noch nicht aufgesucht habe und in jeder Beziehung den Liebesherrlichen spielte, war Wera von kalter Zurückhaltung. Ihr zartes, feines Gesicht entstellte ein harter Hochmutszug. Nur in ihren Augen glühten ein unruhiges, fast glühendes Licht. Der unsteife, nervöse Blick hatte etwas Qualendes für mich. Was war mit diesem Mädchen geschehen, das wie der Frühling in Hoffnung und Freude geblüht hatte?  
 „Willst du mich nicht besuchen, Wera?“ fragte ich in der Erwartung, ihr näher zu kommen.  
 „Leider habe ich morgen nach Falkenhain und heute muß ich zu Gräfin Plöben“, sagte sie freilich.  
 Christian hingegen erbot sich, mich nach Hause zu begleiten. Er erzählte mir, wie Robert sich bei der Erbchaftsteilung benommen habe. „Skandalös. Ich bin fertig mit ihm. Und Melitta, das unvornehme Fräulein! Falkenhain ist von uns als Heimat verloren! Ich bin auf eine reiche heirat angewiesen!“  
 „Aber in hast doch geerbt?“ fragte ich.  
 „Nicht so viel, um meine Schulden bezahlen zu können! Es ist zum Lachen. Unser Vater hat Falkenhain ja nur noch durch Melittas Geld gehalten.“  
 Ja, das war es! Abhängigkeit! von Melitta, das war nun das Los der Falkenhain!  
 „Auch Wera muß unter die Haube, sonst wird sie sich noch wundern!“  
 „Ich glaube, sie wundert sich schon.“ Und ich dachte an das junge Gesicht, in dem die Augen so merkwürdig aufgerissen sein konnten, wie erschreckt über die Wirklichkeit, die sie irgendwie plötzlich erblickt hatten.  
 Während Christian neben mir weiter schwadronierte über seine graue Lage, seinen schlechten Bruder, unseren Vater, der nicht für ihn gekämpft habe, dachte ich an uns drei Töchter. Wohin war es mit uns gekommen? Was würde

unser Los noch sein in kurzer Zeit? Lag die eine nicht schon zum Sterben bereit, gerichtet durch die Verworfenheit dessen, den man ihr zum Hüter bestellt, hatte ich nicht fliehen müssen, um dem Brand täglicher Schande und Vergewaltigung zu entgehen, war die Zukunft der Jüngsten nicht gezeichnet von der Brutalität und Gewissenlosigkeit ihrer Umgebung? Wer würde ihre Stütze, ihr Wegweiser sein?  
 In keiner Weise dazu erzogen und vorgebildet, es selbst zu sein, — was hatte sie gelernt und erfahren unter den Augen von Brüdern, die nur ihrem Bauche opferten, einer Frau wie Melitta, die das Leben als einen Vergnügungsparc betrachtete, in dem man seinen großen und kleinen Lustern fröhnen konnte nach Herzenslust?  
 Christian versicherte mir wiederholt, daß er schon „immer gern“ gekommen sei, trotz Robert und Papa, gegen die er mich stets in Schutz genommen habe.  
 Aber ich mußte nicht recht, was ich mit diesem „Verständnis“ seinerseits anfangen sollte. Seine rohen ungebildeten Reden offenbarten doch nichts anderes, als ein leeres Hirn, ein feiges, genussüchtiges Herz.  
 „Ich habe ja hier eine reiche Fabrikantentochter an der Hand — giepert nach'm Namen — Verwandtschaft hält man sich vom Leibe. Gräßliche Prohen. Widerliches Volk. Aber was soll man machen? Wenn ich den Rock auslebe, kann ich Zigarren und Wein verkaufen.“  
 „Du kannst doch noch etwas anderes tun!“  
 „Was denn? Ich habe nichts gelernt. Kann ich Reithunde geben, das ist alles.“  
 Ja, das war alles. In die Enge getrieben, gab er das wenigstens zu. Die ganze Armut und Inferiorität seiner Existenz, die er nur auf das Geld anderer weiter bauen konnte, lag vor meinen Augen.  
 „Es ist ja nie zu spät zum Lernen. Das sehe ich an mir“, sagte ich und sah ihn erwartungsvoll an.  
 Er zuckte nur die Achseln. Offenbar verstand er mich gar nicht.  
 Ich dachte an meine Künstlerfreunde, die Christian niemals für voll genommen, mit denen er keinen Schritt über die Straße gegangen wäre.  
 „Mit den Leuten kannst du doch nicht im Ernst verkehren?“ würde er erstaunt fragen.  
 Für ihr und seine Standesgenossen lag der Wert eines Menschen in einem zufällig ererbten Adelsnamen, in ge-

pfligten Händen und gewählter Kleidung. Das Wert war der Inhalt geworden. Woher nahmen diese Menschen die fast irr sinnige Meinung ihres Wertes, ihrer ersten Stellung im Staate? Sie, die auf Grund ihrer Privilegien und des lächerlichen Nimbus, den ihr buntes Kleid umgab, allen Ueberariffen und Ausschweifungen fröhnten, die erdacht werden konnten? Warum schämte sich nicht jeder Bürger und verbat es sich energisch, daß seine Ehre der eines Offiziers hinterangestellt wurde? Lebte ich unter Knechten, die nicht sahen, wie man ihre Rechte mit Füßen trat?  
 Nein, ich konnte nie begreifen, wie mein Bruder und feinesgleichen zu dem Ansehen gekommen waren, das sie genossen.  
 Ich war froh, als er ging. Mir war sein überheblicher Ton, seine naive Verdorbenheit ein Grauen geworden. Von Armgard hatte er kein Wort gesagt. Der Elsauer und sein Verbrechen schien ihm nicht der Rede wert. Daß wir Frauen duldeten und alles hinnahmen, war Selbstverständlichkeit. Anstatt hinzugehen und seine Schwester zu rächen!  
 Tapferkeit, du Tugend über alle Tugenden, du Erzeugerin aller Tugenden, ich fand dich nicht unter Schilfern und Schwertern, unter Wappen und Helmen, in den Häusern der Reichen, in den Schlössern der Mächtigen, — ich fand dich im Herzen der Armen, im Lande des Geistes, unter denen, die hungerten, weil sie keine Sklaven sein wollten, die den Wert des Geldes hinter alle anderen Werte setzten. Da, wo das Herz noch weit genug ist für den Glanz heroischer Taten, für das Licht erhabener Gedanken, fühlte ich dich. Da leuchtetest du wie eine Fackel im Saale wie das Feuer im Herde.  
 Nach acht Tagen bereits kam Christian wieder in Begleitung eines Herrn von Komrad aus seinem Regiment. Ich war sehr erstaunt, konnte die beiden aber nicht vor die Tür sehen. Sein Begleiter erwies sich als ein weitgereifter Mann, mit dem man gut einige Worte wechseln konnte. Als er gegangen war, nahm mich Christian vertraulich in eine Ecke. „Da ich ihn nicht etwas Geld verschaffen könnte? Mein Freund Sangerheiter würde doch gerne eine diesbezügliche Bitte erfüllen. Es handele sich nur um zehntausend Mark. Er habe Unglück im Spiel gehabt. Es sei eine ganz verfluchte Sache! Eine Ehrenschuld!“  
 (Fortsetzung folgt.)



## Bewilligung des Zuschusses für die Bauhütten.

50 Millionen für Wohnungsbau. — Erhöhung der Krankenhauskursätze. Das Zeughaus wieder städtischer Besitz.

Die Wohnungsnot stand im Mittelpunkt der Beratungen der gestrigen Stadtverordnetenversammlung. Als ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung dieser Not hat auch der Senat die sozialen Bauhütten erkannt und deshalb einen Zuschuss für diese gemeinnützigen Betriebe beantragt. Selbstverständlich ließen die Innungsräte alle Winen springen, um die Vorlage zu Fall zu bringen, konnten aber gegen die guten Gründe, die für die sozialen Baubetriebe sprechen, nicht antworten. Nur die Deutschnationalen zogen sich als Gegner dieses wirtschaftlichen Fortschritts. 50 Millionen Mark für Wohnungsbau wurden einstimmig bewilligt. Scharfer Protest wurde aber gegen die beantragte Schaffung einer Kolonie für rentiente Mieter eingelegt, so daß die Antragsteller ihren Antrag zurückzogen. Das alte Zeughaus ist nun wieder städtischer Besitz, damit ist ein alter Wunsch der Danziger Bevölkerung erfüllt worden. Die Kurkosten im Städt. Krankenhaus wurden erhöht, nachdem die Verbesserungsanträge der Linken von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt waren.

In den Ausschuss zur Festsetzung der Mietwerte für die Wohnungsbauabgaben, Kanal- und Müllabfuhr-Gebühr wurden u. a. unsere Genossen Lehmann und Karshewski gewählt. Ferner wurden gewählt: Herr Johannes Schneider, Am Stein 14, als Armen- und Waisenspflieger für die 12. Armen- und Waisenkommision; Rektor Fuhlbrügge, Wilkengasse 5, zum Armenkommissionsvorsteher und Waiserrat der 9. Armen- und Waisenkommision; Frau Rosa Piorek, Eschenweg 10, als Armen- und Waisenspfliegerin der 21. Kommission; Schwester Eucie Bergmann, Fesberweg 8, Kaufmann Karl Duetzke, Eisenstraße 17, Hausbesitzer Georg Herberg, Hertaststraße 11, zu Armen- und Waisenspfliegern der 23. Kommission.

Eine Anzahl Jahresrechnungen wurde ohne Ansprache im ganzen anstehend. Der Pensionierung des Oberstudienleiters Prof. Adolf Hoffmann mit einem jährlichen Ruhegehalt von 48 750 Mark, zusätzlich eines Ausgleichszuschlages von 6500 Mark wurde zugestimmt.

Die Erhöhung der Kursätze im Städtischen Krankenhaus war im Ausschuss beraten worden. Der Ausschuss empfahl die Annahme der Vorlage mit der Maßgabe, daß die Kosten der dritten Klasse für Einheimische auf 90 Mark festgesetzt und die Einkommensgrenze für Ermäßigungen in der 3. Klasse von 15 000 auf 25 000 Mark festgesetzt wird.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) lehnte die Vorlage als unsozial ab. Die geringen Verbesserungen des Ausschussantrages wurden mit nur 1 Stimme Mehrheit angenommen, da deutschnationale Mitglieder dagegen stimmten. Im Ausschuss wurde festgestellt, daß die 1. Klasse durchschnittlich mit 5-8 Patienten belegt ist, mit insgesamt rund 500 Verpflegungstagen im Jahre. Redner beantragte deshalb, die 1. Klasse zu streichen und nur 2 Klassen, eine 1. und 2. Klasse zu bilden. Für die so gebildete 1. Klasse sollten dann von Einheimischen 100 Mark, von Auswärtigen 150 Mark erhoben werden. In der neugebildeten 2. Klasse sollten Einheimische 25 Mark, Auswärtige 40 Mark zahlen. Wäber und sonstige Heilmittel dürfen in dieser 2. Klasse nicht extra berechnet werden. Ambulante Behandlung (bei Unfällen usw.) sollte bis zu einem Einkommen von 30 000 Mark kostenfrei sein.

Stadtv. Brunzen (Dnatt.) stellte den Antrag, daß in der jetzigen 2. Klasse Extrahonorar seitens der Leitenden Ärzte nicht gefordert werden dürfe. Der Senat möge den Ausfall anderweitig entschädigen. Die Anträge des Stadtv. Kunze seien zum Teil berechtigt, aber es sei unzweckmäßig, kurz vor der Etatsberatung solche weittragende Beschlüsse zu fassen.

Oberregierungsrat Dr. Stabe erklärte, daß andere Städte im Durchschnitt 30-50 Prozent Zuschuß leisten. Danzig leistet bei einem Gesamtetat von 10 Millionen einen Zuschuß von 8 Millionen Mk. Die Erhöhung der Sätze sei bedauerlich, aber nicht zu umgehen. Redner trat für die Beibehaltung der drei Klassen ein. Die Durchführung der Anträge des Stadtv. Kunze würde einen Ausfall von 1 1/2 Millionen Mark verursachen. Wenn die besondere Behandlung (Wäber usw.) nicht extra bezahlt würde, bestünde die Gefahr, daß neuzeitliche Methoden nicht mehr in Anwendung kommen. In allen Krankenhäusern werden von den Patienten der 1. und 2. Klasse Extrahonorare erhoben.

Die Aussprache war damit beendet. Sämtliche Anträge des Stadtv. Brunzen wurden abgelehnt, der Antrag Brunzen dagegen mit 25 gegen 21 Stimmen angenommen. Die so geänderte Senatsvorlage alsdann mit 25 gegen 21 Stimmen der Linken und Polen ebenfalls angenommen.

### Die Sitzung über die

### Erhebung von Gemeindezuschlägen zur Zuwachsteuer

war im Ausschuss noch nicht beraten worden. Die Deutschnationalen beantragten deshalb Vertagung der Vorlage, um erst im Ausschuss Stellung dazu zu nehmen. Die Deutsche Partei und U.S.P. unterstützen diesen Antrag, während Stadtv. Mahn (K.) für sofortige Verabschiedung eintrat, mit der Begründung, daß die Stadtverordneten Zeit genug hätten, sich mit der Sache zu beschäftigen. Der Vertagungsantrag liegt lediglich im Interesse der Grundstücksspekulanten.

Finanzrat Rodenacker wies vergeblich darauf hin, daß durch die Vorlage keinerlei neue Belastung entsteht, sondern daß sie nur infolge des neuen Zuwachsteuerabzuges formell

notwendig ist. Die Mehrheit des Hauses beschloß die Vertagung.

### Übernahme des alten Zeughauses in die städtische Verwaltung.

Durch Beschluß der interalliierten Verteilungskommission vom 28. Juli 1921 ist das alte Zeughaus der Freien Stadt Danzig zugeteilt worden. Es besteht der lebhafteste Wunsch, dieses alte, historisch bedeutsame und künstlerisch wertvolle Gebäude, das seiner Zeit von Preußen der Stadt Danzig entschuldungslos enteignet wurde, wieder in den Besitz der Stadtgemeinde Danzig zu überführen. Zu einer endgültigen Überführung ist jedoch die Klärung der Frage Voraussetzung, ob und welche Lasten der Freistaat Danzig für die Überweisung des Gebäudes zu übernehmen hat. Da es sich jedoch noch immer nicht absehen läßt, wann eine Entscheidung in dieser Frage getroffen werden wird, andererseits die Bewertung des Zeughauses in Angriff genommen werden muß, schlug der Senat vor, einstweilen vorbehaltlich einer späteren finanziellen Auseinandersetzung zwischen Stadtgemeinde und Staat die Verwaltung des Gebäudes aus der staatlichen Grundbesitzverwaltung in die städtische Grundbesitzverwaltung zu übernehmen.

Stadtv. Habel (Dnatt.) begrüßt es, daß das Gebäude nach 100 Jahren wieder Eigentum der Stadt Danzig wird. Er befragt die Errichtung einer Passage durch das Gebäude, damit die Fopengasse dem Verkehr erschlossen wird.

Stadtv. Gebauer (U.S.P.) bezeichnet die Übernahme des alten Zeughauses durch Danzig als unkaufmännisch und unsinnig!

Stadtv. Mahn (K.) erklärt demgegenüber, daß begründete Aussicht vorhanden ist, daß das Gebäude kostenlos an Danzig zurückgegeben wird. Redner warnte davor, eine Passage mit Läden einzurichten. In Berlin und anderen Orten seien die Passagen der Treffpunkt dunklen Bestandes. Die Stahrschutzpolizei möge sich für das abendliche Treiben in der Passage am Holmarkt interessieren.

Stadtv. Dr. Thinn (Z.) wandte sich ebenfalls gegen den Plan, im Zeughaus Läden einzurichten, weil dadurch das Gebäude verschandelt würde.

Das Haus beschloß, das alte Zeughaus in städtische Verwaltung zu übernehmen.

### 200 000 Mark für soziale Baubetriebe.

Der Senat beantragte zur Förderung des Wohnungsbaues den beiden sozialen Baubetrieben einen Zuschuß von je 100 000 Mark zu geben.

Stadtv. Scheller (Dnatt.) wandte sich selbstverständlich gegen die Vorlage. Der Senat solle nicht solche Experimente machen. In Deutschland habe man bezahlten Unternehmen ebenfalls Zuschüsse gezahlt, trotzdem seien sie zusammengebrochen. Bei 200 000 Mark werde es nicht bleiben. Man würde bald mit Nachforderungen kommen. Die kleinen Handwerksmeister könnten mit demselben Recht eine solche Unterstützung verlangen.

Stadtv. Braun (Z.) betonte, daß bei den Verhandlungen des Bauauschusses festgestellt wurde, daß die sozialen Baubetriebe vorbildlich gewirkt haben, sofern tüchtige Führer an der Spitze standen. Die Zentrumsfraktion werde die Summen bewilligen, trotzdem es unter Umständen schief gehen könne. Nachforderungen würde sie jedoch nicht ablehnen.

### Die Innungsräte gegen die Vorlage.

Stadtv. Habel (Dnatt.) protestierte „im Namen sämtlicher Handwerksmeister des Freistaates“ gegen die Vorlage. (Wächter auf der linken Seite des Hauses.) Mit 100 000 Mark sei auch nichts anzufangen. Die Produktivgenossenschaften hätten verjagt und seien abgebaut worden. Als Beispiel führte Redner die im November 1918 gegründete Produktivgenossenschaft der Schneider an. (Zuruf links: Das waren Ihre Protektionskinder!) Jetzt würden Gelder verlangt für Unternehmen, die schon den Todeskeim in sich tragen. Die Stadt sei gezwungen, später weitere Geldmittel zur Verfügung zu stellen oder die Schulden zu übernehmen. Deshalb sei die Vorlage abzulehnen.

Stadtv. Rohde (D.P.) erklärte, daß er in den Verhandlungen des Bauauschusses zu der Überzeugung gekommen sei, daß hier etwas Positives geschaffen wird. Die sozialen Baubetriebe sind nach kaufmännischen Grundsätzen aufgebaut. Diese Baubetriebe würden geringe Geschäftsausschläge berechnen, um konkurrenzfähig zu werden. Die Herstellungskosten der Gebäude werden sich verringern und dadurch schon der eventuelle Verlust der 200 000 Mark ausgeglichen werden. Redner empfahl die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Brunzen (Dnatt.) will bemerkt haben, daß die Vorlage in weiten Kreisen der werktätigen Bevölkerung Befremden erregt habe. (Sehhafter Widerspruch links.) Redner stellte an den Senat die Frage, ob auch kleine Meister in ähnlicher Weise unterstützt werden, wenn sie sich zu einer G. m. b. H. zusammenschließen.

Hg. Mau (U.S.P.) betonte, daß durch die Errichtung der Bauhütten ein Gegengewicht gegen die Auswanderung des Kapitals geschaffen werden soll. Andere Städte haben diese Betriebe ebenfalls unterstutzt.

Senator Dr. Leske erklärte, daß die Vorlage eine rein wirtschaftliche und technische Frage sei. Die gegen die Vorlage erhobenen Angriffe durch die Bauinnung sind nicht zutreffend. Die Vorlage ist ein Schritt zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Die außergewöhnlich große Not erfordere Mittel, die das gewöhnliche Maß überschreiten. Die Leistungen der Arbeiter hätten nachgelassen. Die sozialen Baubetriebe seien geeignet, die Arbeitsluft zu heben, und auch in der Lage billiger zu arbeiten, da sie als gemeinnützige Betriebe sich mit 5 Prozent Zinssatz begnügen. Bei den kleinen Verhältnissen des Freistaates besteht

### Die Gefahr der Ringbildung.

Diese Gefahr muß abgewehrt werden. Wenn sich kein Ring der Baugeschäfte gebildet hat, haben diese Geschäfte durch die Errichtung der sozialen Baubetriebe nichts zu fürchten. Die 200 000 Mark werden sich durch Preisentzug der Baukosten reichlich bezahlt machen. Die Sache der sozialen Baubetriebe markiert; in Deutschland erzielten sie einen Umsatz von 200 bis 300 Millionen Mark im letzten Jahr. Staat und Städte haben durch die Betriebe außerordentliche Ersparnisse erzielt, das wird auch in Danzig eintreten.

### Stadtv. Gen. Reek:

Den Deutschnationalen kann man es nicht verdenken, wenn sie diese Vorlage bekämpfen, denn durch die sozialen Baubetriebe wird die Profitgier der Kapitalisten beschnitten. Anselmen kennen die Deutschnationalen den Aufbau der Unternehmen nicht, sonst würden sie nicht immer von Produktivgenossenschaften reden. Die von den freizugewanderten Arbeitern in Danzig gegründeten Genossenschaften (Steinseger und Arbeits- und Kreditgenossenschaft) haben sich als lebensfähig erwiesen. Die sozialen Baubetriebe werden im Reich von allen Körperschaften unterstützt, die ein Interesse an gesunden Wohnungen haben. In Königsberg führt ein solcher Betrieb fast sämtliche städtischen Bauarbeiten vorbildlich aus. Die Forderung nach einem Zuschuß ist durchaus nichts Außergewöhnliches, schon vor Jahren wurde den Holzwerken ein städtischer Zuschuß von 400 000 Mark gewährt. Was Senator Dr. Leske über den Rückgang der

### Arbeitsleistung

sagte, trifft nur bedingt zu. Wenn dieselben Bauten ausgeführt würden, wie vor dem Kriege, würde auch die gleiche Arbeitsleistung erzielt werden. Unternehmer haben bei Tarifverhandlungen anerkannt, daß jetzt in 8 Stunden das gleiche geleistet wird, wie früher. Berücksichtigen muß man auch die schlechten Ernährungsverhältnisse.

Senator Dr. Leske betonte, daß ähnliche Anträge aus anderen Kreisen ebenfalls berücksichtigt werden, wenn dadurch ein wirtschaftlicher Vorteil für die Allgemeinheit erzielt wird.

### Rein Rückgang der Arbeitsleistungen!

Stadtv. Gen. Epil wies die Behauptung des Senators Dr. Leske über den Rückgang der Arbeitsleistung zurück. Derartige Behauptungen müßten erst bewiesen werden. Im Tischlergewerbe läßt sich das Gegenteil feststellen. Dort besteht ein Akkordtarif, der 1918 abgeschlossen und nicht im gleichen Maße wie der Lohnsatz erhöht worden ist. Trotzdem lassen die Unternehmer in Stundenlohn arbeiten, weil ihnen die Akkordverdienste zu hoch sind. In der 40 stündigen Arbeitswoche wird mehr geleistet als früher in 50 Stunden.

Die Aussprache war damit beendet. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

### 50 Millionen Mark für Wohnungsbau

beantragte der Senat aus Anleihemitteln zur Verfügung zu stellen. Gegen diesen Vertrag erhob sich keinerlei Widerspruch, um so mehr aber gegen einen Antrag von 6 Stadtverordneten und 2 Bürgermitgliedern des Wohnungsbauauschusses (Schneider und Ehm) der verlangte, daß von der verlangten Summe 500 000 Mark zur Herstellung von

### Baracken für böswillige Mieter

verwendet werden.

Stadtv. Mahn (K.) protestierte gegen den Antrag, weil er die Unterschrift von Personen trage, die nicht Stadtverordnete sind. Straßenkehrer und ähnliches Geschlecht hätten keine Anträge zu stellen.

Stadtv. Scheller (Dnatt.) trat waru für diesen Plan ein. Es gäbe viele Mieter, die ihre Miete nicht zahlen könnten, und nicht zahlen wollten und die Wohnung böswillig beschädigten. Für solche müßten städtische Baracken geschaffen werden.

Stadtv. Braun (Z.) trat ebenfalls für den Bau einer Straffkolonie für böswillige Mieter ein.

Senator Dr. Leske erklärte, daß der Senat beabsichtige 500 000 Mark für den Bau von Notwohnungen zu verwenden.

Stadtv. Brunzen (Dnatt.) protestierte dagegen, daß angefehene Bürger der Stadt als Straßenkehrer und ähnliches Geschlecht bezeichnet werden.

Stadtv. Genossin Szymanski wies darauf hin, daß bei Hausinsturzgefahr oft plötzlich Notwohnungen erforderlich sind. So habe man für eine große Anzahl Mieter, am Werder-Berg und Rammberg schnell Notwohnungen schaffen müssen. Die Debatte zeigte aber, daß die Hausbesitzer andere Absichten mit dem Plan verbinden, deshalb zog Gen. Szymanski ihre Unterschrift zurück.

Stadtv. Rohde (D.P.), Rahu (K.), Budzynski (Pole) und Schmidt (K.) nahmen gegen den geplanten Barackenbau Stellung, worauf der Antrag zurückgezogen wurde. Die 50 Millionen für Wohnungsbau wurden einstimmig bewilligt.

Ohne Aussprache wurde dem Bau einer 15 000-Post-Bettungsstraße nach Langfuhr zugestimmt. Die Kosten betragen etwa 5 Millionen Mark. Mit den Hinterbliebenen des bei den Unruhen am Hauptbahnhof zu Tode gekommenen Postaussehelfers Werner wurde ein Vergleich über Rentenzahlung abgeschlossen.

Gegen 7 Uhr wurde der Rest der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung verjagt, das Haus trat in die geheime Sitzung ein.

## Gosda Schnupftabak

garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hähnergasse 8.



# Danziger Nachrichten.

### Wie das Steuergesetz umgangen wird. Der Senat legt Sonderauskünfte für die „richtige“ Verteilung ein.

Der Senat hat unterm 8. Februar 1922 eine weitere Auslegungsvorschrift zum Einkommensteuergesetz erlassen. Nach § 22 dieser Anweisung ist die Verteilung des Einkommensfonds (10 Prozent der auskommenden Einkommensteuer) von einem Ausschuss vorzunehmen. In diesem § 22 heißt es u. a.: Dieser Ausschuss nimmt übertragene Befugnisse des Senats wahr. Er tritt also an Stelle des Senats.

Der § 19 weicht dem Ausschuss weitere Befugnisse zu und zwar: Die Entscheidung darüber, ob die von den Gutsbesitzern und Landgemeinden zurückbehaltenen 44 Prozent der Einkommensteuer tatsächlich für kommunale Zwecke Verwendung gefunden haben. Nach Artikel 18, Abs. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 1921 werden die 44 Prozent von der ausgetragenen Einkommensteuer den Gutsbesitzern und Landgemeinden nur insoweit überlassen, als sie nach gemessenen Aufwendungen für kommunale Zwecke gemacht haben. Der Rest fällt zur Hälfte dem Staat, zur Hälfte dem Kreis zu.

Der Nachweis über die Verwendung wird also vor dem oben genannten Ausschuss geführt werden. Wer ist nun dieser Ausschuss? Ueber seine Zusammensetzung sagt weder das Gesetz noch die Ausführungsbestimmungen etwas. Ansetzungen wird er aus dem Vertrauen des Senats berufen. Soweit wir hören, sollen aus dem Kreise Danziger Offiziere dem Ausschuss der Landrat Wenzke und der Landratssekretär Meyer-Dottmannsdorf angehören. Allen Anwesenden nach haben die andern Mitglieder auf derselben Stufe und werden sie dieselbe Stellung in den Gutsbezirken einnehmen wie Herr Landrat Wenzke und Herr Meyer.

Man ist also stark dabei, auf dem Wege über eine Ausführungsvorschrift und einem in seiner Zusammensetzung bisher geheim gehaltenen Ausschuss, die ausgemeinten Bestimmungen des Artikels 18 des Einkommensteuergesetzes 1, soweit die Gutsbezirke in Frage kommen, wirkungslos zu machen, und 2, soweit Leistungsschwache Landgemeinden Ansprüche an den Einkommensfonds erheben, das Schicksal dieser Gemeinden Faktoren zu überantworten, die sich von der finanziellen Lage der Gemeinden kein richtiges Bild machen können.

Der Ausschuss in einer solchen Zusammenlegung und mit der dominierenden Persönlichkeit des Herrn Meyer wird natürlich ein weites Herz gegenüber den Gutsbezirken haben und alles anerkennen, was von diesen als kommunale Aufwendungen angegeben wird. Der Großgrundbesitz kommt also zu seinen 44 Prozent Steueranteil und verschafft sich auf diese Weise den gewaltigen Vermögensvorteil, der ihm durch die Bestimmung des Artikels 18 des Einkommensteuergesetzes nicht zugestanden war. Noch viel bedenklicher aber sind die Befugnisse, die dem Ausschuss weiter gegeben sind. Sie bedeuten nicht mehr und nicht weniger, daß auch das Schicksal der leistungsschwachen Landgemeinden dem unter Führung des Landratssekretärs Meyer stehenden Ausschuss in die Hand gegeben ist, der nun je nach Gesinnungsmäßigkeit der Verwaltung der einzelnen Landgemeinden sie mit Zuckerrot oder Peitsche traktieren kann. Hierin liegt die ungeheure Gefahr, die der Ausschuss in politischer Beziehung bildet. Darum darf dieser Ausschuss in seiner jetzt schon erfolgten Zusammensetzung nicht in Funktion treten und muß aufgelöst werden. Er muß unbedingt eine Zusammenlegung erfahren, die eine objektive Beurteilung, einerseits der Bedürfnisse der Gutsbezirke und andererseits der leistungsschwachen Landgemeinden gewährleistet.

Der Ausschuss muß der Volkstag ein- und zusammenlegen. Der Volkstag hat das Gesetz erlassen und darf nicht zugeben, daß seine in Artikel 18 des Gesetzes zum Ausdruck gebrachten guten Absichten in dieser raffinierten Weise durchkreuzt werden.

Der vom Senat eingesetzte und die Befugnisse des Senats wahrnehmende (nach § 22 der Ausführungsanweisung vom 8. 2. 1922) Ausschuss stellt einen Verfassungsverstoß dar. Ferner wem gegenüber ist der Ausschuss, dem Millionen in die Hand gegeben werden, überhaupt verantwortlich? Dem Volkstage doch nicht. Er bildet also eine außersprachliche vom Senat eingesetzte Nebenregierung. Mit demselben Recht könnte der Senat seine sämtlichen Befugnisse von ihm eingesetzten Ausschüssen übertragen. Dann mag der Volkstag Gesetze beschließen wie er will, die verantwortlichen Ausschüsse werden sie schon entsprechend anzuwenden und auszuliegen wissen.

### Die Strandung des „Pregel“ vor dem Seeamt.

Wir berichteten bereits über die Verhandlung vor dem Danziger Seeamt über die Strandung des Danziger Dampfers „Pregel“ bei Darkehort. Nach dem Gutachten des Staatskommissars Grapow traf einen Teil der Schuld auch den Kapitän, indem er zu spät losen ließ und dadurch die gefährliche Nähe der Rüste nicht merkte. Der Kapitän war nicht anwesend. Zufällig kam der Dampfer jetzt in Danzig an und das Seeamt gab nun dem Kapitän Gelegenheit, sich zu äußern. An der Hand der Seekarten wurde die Fahrt nochmals behandelt. Der Kapitän hatte die Pflicht, noch 8 Uhr morgens ab losen zu lassen. Die Strandung erfolgte,

bevor das Loten begann und bevor der Seuchturnwärtler Nebelsignale gab. Der Spruch des Seeamts ging dahin: Das Festkommen des Dampfers „Pregel“ bei Darkehort ist in erster Reihe auf das Unterlassen der rechtzeitigen Abgabe von Nebelsignalen von Darkehort Feuerturn und auf Stromverziehung zurückzuführen. In zweiter Reihe auf das Unterlassen des rechtzeitigen Lotens seitens der Schiffsführung.

### Die Schieberei im Tanzlokal in der Tischlergasse.

Angeklagt waren der Händler Otto Herbst, der Arbeiter Franz Herbst, der Arbeiter Paul Herbst, der Tischler Max Granz und der Metzger Adolf Dufowski aus Danzig. Otto Herbst und Max Granz hatten auf dem Tanzboden einen Streit, der sich dadurch fortsetzte, daß dem Herbst von Granz und Anhang neun Fensterscheiben eingeschlagen wurden. Am nächsten Sonntag, den 22. Oktober, erwartete man sich wieder in dem Tanzlokal. Herbst mit Anhang war im Lokal. Granz mit seinem Schwager Dufowski und weiterem Anhang erschienen gleichfalls. Ein Streit begann mit einem Verwünschungsantrag. Granz ging also auf Otto Herbst zu und fragte, ob sich beide nicht ausbühnen wollten. Herbst erwiderte, daß man sich doch bereits verführt habe und er solle fortgehen. Als man etwa drei Schritte auseinander war, ging die Schieberei los. Es wurden so schnell 15 bis 20 Schüsse abgegeben, daß das Kampfbild nicht ganz zu klären ist. Granz sagt, Herbst habe zuerst auf ihn geschossen. Andere sagen, daß Granz den ersten Schuß abgab. Dufowski will überhaupt nicht geschossen haben, die Zeugen haben aber gesehen, daß er gleichfalls auf die Gegenpartei schoss. Granz hat 7 Schüsse abgegeben, von denen 5 das Ziel trafen. Granz erhielt einen Handwund, setzte sich auf den Stuhl und schob weiter. Er erhielt dann noch einen Schuß durch den Oberarm und den Arm. Er lag dann drei Wochen im Krankenhaus und ist jetzt wieder völlig hergestellt. Dufowski erhielt den ersten Schuß durch das Kreuz und dann noch einen zweiten Schuß. Er lag bis 9. 1. im Krankenhaus und ist noch nicht völlig hergestellt. Alle übrigen Schüsse gingen fehl. Die Gegenpartei blieb also unverletzt. Aus den Zeugenaussagen ergab sich, daß Granz mit der Absicht in das Lokal gegangen war, Schieberei mit Herbst anzufangen. Das nicht mehr Verletzungen voraussetzenden, ist ein Zufall. Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß völlige Klarheit nicht erlangt werden könne. Max Granz suchte Händel und gab den ersten Schuß auf Herbst ab. Herbst erwiderte den Schuß und traf Granz. Dabei befand er sich in der Notwehr. Er mag in Bestürzung, Furcht und Schrecken die Notwehr überschritten haben, er glaubte aber, sich in Notwehr zu befinden. Wegen Körperverletzung wird Herbst also freigesprochen. Wegen unbefugten Waffenbesitzes wurde Otto Herbst zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Daß Franz Herbst geschossen hat, ist nicht nachgewiesen, deshalb erfolgte seine Freisprechung. Das gleiche trifft zu auf Paul Herbst, der freigesprochen und aus der Haft entlassen wurde. Max Granz wurde wegen unbefugten Waffenbesitzes und Gebrauches einer Schusswaffe in einem Lokal zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Ferner wurde er wegen Fluchtverdachts in Haft genommen. Dufowski hat unbefugt eine Schusswaffe besessen und von ihr Gebrauch gemacht. Er wurde zu 8 Monaten Gefängnis und 8 Wochen Haft verurteilt.

### Der Volkstag tritt heute (Mittwoch) zu einer Sitzung zusammen.

Auf der Tagesordnung stehen: 1. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs zur Ergänzung des Beamtendienstesinverordnungsgegesetzes, 2. Bericht des Hauptauschusses betr. Zahlung der Differenzbeträge an Eisenbahnarbeiter infolge Einführung der einheitlichen Ortsklasse, 3. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenermpfängern, 4. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung, 5. Zweite Beratung eines Gesetzesentwurfs betr. die Instandsetzung von Gebäuden und Wohnungen.

### Die Arbeitslosigkeit in Danzig.

Am 28. Februar 1922 waren beim städtischen Arbeitsamt 8683 männliche und 897 weibliche Arbeitsuchende gemeldet. Die Zahl der offenen Stellen betrug 167. — In der Woche vom 19. bis 25. Februar 1922 sind in der Stadtgemeinde Danzig einschließlich der Gemeinden Ohra und Smaus an Erwerbslosenunterstützung gezahlt worden 292 845,86 Mark an 1892 Personen gegenüber 257 888,70 Mark an 1801 Personen in der Vorwoche. — Nicht einmal die Hälfte der Arbeitsuchenden erhält Erwerbslosenunterstützung.

### Als Beute von Taschendieben sind von der Kriminalpolizei angehalten worden:

1 braune gepreßte Leder-Handtasche mit Tragrücken und großem Perlmutter-Druckknopf, 1 braune gepreßte Leder-Geldscheintasche mit gelbem Innenleder, 1 braune gepreßte Kunstleder-Geldscheintasche, 1 braune glatte Leder-Geldscheintasche in Form eines Portemonnaies, 1 braune glatte Leder-Geldscheintasche, 2 schwarze glatte Leder-Geldscheintaschen, 1 braunes gepreßtes Kunstleder-Portemonnaie mit rundem Perlmutterknopf, 1 braunes geripptes Lederportemonnaie. Etwaige Eigentümer können sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 20, melden.

### Metropol-Spielplatz.

Kolktänze Reiterkunststücke, schwirrende Saffos, schwebende Cowboy zeigen auch die zweite Abteilung des „geheimnisvollen Dolches“ aus. Die Handlung spielt in fast allen Teilen der Erde und bietet gute Naturaufnahmen. Der Film „Frauen“ zeigt den Kampf zweier Frauen um einen geliebten Mann, der sich von einer

Schauspielerin einfangen läßt, zur rechten Zeit aber doch den Weg zu seiner Braut zurückfindet. Gute Aufnahmen und natürliches Spiel haben diesen Film von vielen gleichem Art ab.

## Aus dem Osten.

### Rönigsberg.

Eine neue Verhaftung in der Rnabenmordaffäre ist vor einigen Tagen erfolgt. Es handelt sich um einen Kaufmann Scheffler aus Dilsa-Schaaken, der zu jener Zeit mit seiner Mutter hier zu Einkäufen weilte. Er schickte die Mutter nach Hause und blieb hier, um sich noch zu „amüsieren“. Einen Geschäftsfreund, bei dem er seinen Pelz mit einem Mantel vertauschte, und sich bei dessen Zurückgehen wegen der Schmutzflecken entschuldigte, fiel das Gebaren auf und er erhaltete Anzeige, zumal der Verhaftete später noch einmal nach Rönigsberg kam, um denselben Geschäftsfreund zum Schweigen über gewisse Verkommnisse zu bewegen. Er soll homosexuell veranlagt sein.

### Stettin.

Die Verhältnisse in der Ostsee haben sich jetzt soweit gebessert, daß die Schiffsahrt fast überall wieder eingestellt hat. Auch die Oderfährt ist wieder aufgenommen worden. Nicht weniger als 800 Röhne haben im Stettiner Seehafen überwintern müssen, die jetzt langsam wieder in Fahrt kommen. Die Hochwasserwelle, die in Oberschlesien großen Schaden angerichtet hat, ist im unteren Oderrevier ohne erhebliche Störung vorübergegangen. — Der Hafenarbeiterstreik ist wieder beigelegt. Die Arbeitgeber bewilligten eine 30prozentige Lohnerhöhung, worauf die Arbeit sofort wieder aufgenommen wurde.

### Raubberg a. B. Raubmord bei Barwalde.

Ein doppeltes Kapitalverbrechen ist am Sonntagabend auf einem einsam gelegenen Bauerngehöft bei Barwalde verübt worden, wahrscheinlich von Berliner Verbrechern. Zwei noch unbekannte Männer drangen um 8 Uhr in das Gehöft ein, indem sie eine Ehefrau zertrümmerten, und überraschten das einsame Ehepaar. Sie töteten den Mann durch einen Kopfschuß und verletzten die Frau sehr schwer durch einen Schuß in die Brust. Dann durchsuchten sie die Wohnung, raubten 28000 Mark und verschwanden damit.

## Aus aller Welt.

### Ein furchtbares Handgranatunglück hat sich in der böhmischen Stadt Josefstadt ereignet.

Auf der Erde hatte sich an der Brücke eine Eisstauung gebildet. Zur Beseitigung der die Brücke gefährdenden Verstopfung wurde Militär beordert. Dieses versuchte, das Eis mit Handgranaten zu sprengen. Wie üblich, hatte sich eine große Zuschauermenge eingefunden. Plötzlich flog mit furchtbarer Detonation ein Bündel Handgranaten in die Luft. Die Wirkung war entsetzlich. Ein Student, zwei Arbeiter und ein Knabe wurden völlig zerrissen und zwei weitere Personen sehr schwer verwundet. Die Ursache des Unglücks war noch nicht aufzuklären.

### Beim Entladen von Kaminstein ereignete sich in einer Londoner Fabrik eine Explosion, wobei 28 Frauen schwere Wundwunden erlitten. Eine Frau ist gestorben.

### Trauriger Ausgang eines Familienstreites.

In dem Dorfe Vermuthshelm in Oberhessen hat die Ehefrau Mathias in beiden unmländigen Kinder und sich selbst nach einem Familienstreit ertränkt.

### Deutscher Dampfer im Dcean gesunken?

Ein in Plymouth eingetroffener Dampfer der Red Star Line berichtet, daß er im Dcean ein Notsignal von dem deutschen Dampfer „Grentoft“ (?) erhalten habe. Nach weiteren Berichten soll der Dampfer gesunken sein, bevor ihm Hilfe gesandt werden konnte.

### Umfangreiche Brandstiftungen in Hannover.

In Wietzen in Hannover sind in der letzten Woche sieben Gehöfte infolge Brandstiftung abgebrannt. In weiteren 12 Gehöften wurde Brandstiftung versucht. In Goslar hat ein infolge Brandstiftung entstandenes Großfeuer sämtliche Wirtschaftsgebäude eines Gutes mit großen Getreide- und Futtermitteln vernichtet.

## Verammlungs-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Verein:**
- 2. Bezirk: Donnerstag, den 9. März, abends 7 Uhr, in der Stadt. Handels- und Gewerbeschule (An der großen Mühle) Zimmer 6: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Gen. Dr. Kamnitzer über Gerichtswesen im Freistaat. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.
  - 8. Bezirk (Niederstadt): Donnerstag, den 9. März, abends 7 Uhr, im Jugendheim (Reiterkaserne): Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Gen. Meyer: Unser Schulwesen im Freistaat. 2. Vereinsangelegenheiten.
  - 9. Bezirk: Freitag, den 10. (nicht Donnerstag), abends 7 Uhr im Blanken Konnen wichtige Bezirksversammlung. Vortrag des Gen. Fr ü n g e l.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband:**
- Donnerstag, den 9., 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 70, Werkzeugzentrale Meister Fleischer, Danziger Werft. — Donnerstag, den 9., abends 7 Uhr im Bureau des D. M. B. Branchenversammlung der Bigarettmachernisten.
  - Donnerstag, den 9., Abt. Verkehrszentrale, Mitgliederversammlung, 8 1/2 Uhr, Maurerherberge.

Feinschmecker rauchen: **Dicke Salem Gold Zigaretten**

Nr. 40 rote Packung	40 Pfg. das Stück	Ueberall erhältlich
Nr. 50 grüne Packung	50 Pfg. das Stück	
Nr. 60 orange Packung	60 Pfg. das Stück	

Fats Morgana Gold und Kork 60 Pfg. das Stück



# Danziger Nachrichten.

## Die „Einheitsfront“.

Antwort der SPD. an den Erwerbslosenrat.

In einer der letzten Versammlungen des Erwerbslosen wurde eine Entschließung gefaßt, die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zur Bildung einer Einheitsfront aufzufordern. Der Erwerbslosenrat hat sich mit einem Schreiben an die Leitungen der Parteien gewandt und sie um Stellungnahme zu dieser Frage ersucht. Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei hat unter einstimmiger Zustimmung einer Vertrauensmännerversammlung das Schreiben des Erwerbslosenrates wie folgt beantwortet:

An den Erwerbslosenrat, Danzig.

Werte Kollegen und Genossen!

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei hat zu Euren Schreiben vom 10. nebst mitgelandeter Entschließung Stellung genommen. Er begrüßt das darin zum Ausdruck gebrachte Verlangen auf Herstellung einer einheitlichen Front aller Arbeiter. Die Sozialdemokratische Partei hat von jeher den Standpunkt vertreten, daß die einheitliche Zusammenfassung aller werktätigen Schichten unerlässliche Voraussetzung für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsform und Verwirklichung der sozialistischen Ziele ist. In klarer Erkenntnis dieser Tatsache hat sich die Sozialdemokratische Partei stets für die Erhaltung einer geschlossenen sozialistischen Partei eingesetzt und es an eindringlichen Mahnungen gegen die Zersplitterung der Sozialdemokratischen Partei nicht fehlen lassen. Darüber hinaus hat die S. P. D. nach Beschlagung der einheitlichen Sozialdemokratischen Partei bereits vor zwei Jahren den Versuch zu einer Einigung der sozialdemokratischen Parteien im Freistaat gemacht. Mit welchem Erfolg, dürfte Euch bekannt sein.

So sehr wir auch weiterhin allen Bestrebungen auf Einigung der Arbeiterschaft außerordentliche Anteilnahme entgegenbringen und weitgehendste Förderung angedeihen lassen wollen, so können wir in der dort gefaßten Entschließung doch keine Möglichkeit finden, die zur Einigung der sozialistischen Parteien führen könnte. Solange sich in der Arbeiterschaft die Meinungen über grundsätzliche und taktische Fragen der sozialistischen Bewegung noch durchaus unvereinbar entgegensetzen, halten wir die Voraussetzungen für eine Einigung nicht gegeben.

Erst wenn alle Kreise der Arbeiterschaft sich von dem Wahn freimachen, daß eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der werktätigen Bevölkerung oder die Verwirklichung der sozialistischen Ziele durch Gewaltmaßnahmen und Furchen zu erreichen ist und zu der Erkenntnis kommen, daß die politische Macht — als Voraussetzung zur Verwirklichung des Sozialismus — von der Arbeiterschaft nur im geschlossenen Handeln auf allen Gebieten und in der unablässigen Ausbreitung und Vertiefung der sozialistischen Idee und in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung zu erobern und aufrechtzuerhalten ist, wird der Boden für den Zusammenschluß aller wirklich sozialistisch gesinnten Arbeiter gegeben sein.

Die Sozialdemokratische Partei muß es aus diesen klaren Auffassungen ablehnen, auf die von der kommunistischen Partei aus agitatorischen Absichten heraus gestellte Parole „Einheitsfront“ einzugehen und erwartet auch von der öffentlichen Erörterung dieses neuen kommunistischen Agitations Schlagwortes keine Förderung des wirklichen Einigungsgebantens.

Die S. P. D. wird wie bisher alles tun, um die Interessen der werktätigen Bevölkerung auf das entschlossenste zu vertreten, und sie wird sich besonders dafür einsetzen, daß das Los der Erwerbslosen durch Beschaffung von Arbeit oder durch Gewährung ausreichender Unterstützungen gemildert wird.

Mit sozialistischem Gruß

Der Landesvorstand

der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig.

Die Antworten der Kommunisten und Unabhängigen sind noch nicht bekannt. Wenn sie ebenfalls offen und ehrlich gehalten sind, könnten sie kaum

anders ausfallen. Die Stimmungsfrage der Sozialdemokratie läßt natürlich nicht aus, daß sich die drei Parteien, wie bisher, in bestimmten Fragen auch zukünftig auf eine gemeinsame Forderungslinie einigen und geschlossen vorgehen.

## Eine Redebeiträge des Volksrates

wird in der unabhängigen „Freiheit“ veröffentlicht. Danach sind in den 111 Sitzungen (vom 6. Dezember 1920 bis 18. Februar 1922, also ohne die Sitzungen der Verfassungskommision) insgesamt 1818 Reden gehalten worden. Nicht gezählt sind die Geschäftsordnungsdebatten, Erklärungen, persönlichen Bemerkungen sowie die Reden der Senatoren. Auf die einzelnen Fraktionen verfielen sich die Reden wie folgt (die in Klammern beigefügte Zahl bedeutet die Stärke der betreffenden Fraktion): Sozialdemokratische Partei 267 (19), Kommunisten 280 (12), Deutsche Partei 193 (22), Unabhängige Sozialisten 181 (8), Deutschnationale 188 (88), Polen 180 (7), Zentrum 100 (18) und Fraktionslose 92. Die am meisten aufgetretenen Redner waren die Abgeordneten Rahn (SPD) mit 104, Schmidt (SPD) mit 81 und Nau (USP) mit 79 Reden. Weiter haben Reden gehalten die Abgeordneten Kaczynski (S.) 52, Kuchert (Polen) 47, Gebauer (USP) 46, Dr. Bunte (Dnail.) 33, Dr. Neumann (DP) 31, Dr. Kuba (Polen) 29, Wehl (S.) 27, Friesborn (WLB) 27, Hennke (DP) 25, Galkowski (S.) 20, Pleitner (USP) 22, Naude (SPD) 22, Reel (S.) 21, Kuchowski (S.) 21, Dr. Bing (S.) 20, Friedrich (DP) 19, Ben (S.) 19, Dr. Müller (S.) 10, Meyer (S.) 17, v. Sudzinski (Polen) 16, Dr. Mehnus (Dnail.) 16, Hillippen (Dnail.) 16, v. Schröder (DP) 16, Schille (S.) 14, Dr. Eppich (DP) 14, Kuchowski (USP) 14, Dr. Voening (DP) 14, Reiberg (S.) 14, Epletz (S.) 14, Schwegmann (Dnail.) 13, Langowski (Polen) 12, Fischer (USP) 12, Gobelst (Polen), Grünhagen (S.), Dr. Panecli (Polen) je 11. In diesen 111 Sitzungen gar nicht gesprochen haben folgende Abgeordnete: von den Deutschnationalen Erbe, Sommerfeld, Stöße, Seeger, Frau Freundenthal und Frau Kroblauch, von der Deutschen Partei Schert und Häcker, vom Zentrum Sawasch und von den Kommunisten Popper und Hohmann. Von den Sozialdemokraten, den Unabhängigen und den Polen haben alle Abgeordnete gesprochen.

**Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise in Stgt. Ab 1. April** steht eine Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise bevor. Angeblich sollen die Lohnerhöhungen des Personals die Ursache der Preiserhöhung sein. Die Vorlage wird bereits vorbereitet und in Kürze der Stadtordeordnetenversammlung vorgelegt werden. Im Straßenbahnverkehr nach Danzfuhr wird vom 1. April ab eine Verbesserung eintreten. Von diesem Tage an wird der alte Zustand wieder hergestellt und der Verkehr bis zur Kurve geleitet.

**Eine mährische Tochter.** Ein Schlosser und dessen Frau waren angeklagt, ihre Tochter dazu angehalten zu haben, in dem Hause der Eltern mit Amerikanern Unzucht zu treiben und aus dieser Kuppelei zu verdienen. Die Beweisaufnahme reichte jedoch zur Verurteilung nicht aus. Der Vater bestritt die Tat, die ihn ins Zuchthaus gebracht hätte, und erklärte, daß er die Tochter im Gegenteil wegen ihrer Verborbensheit sehr geschlagen habe. Das Gericht konnte sich zur Beurteilung nicht entschließen und erkannte auf Freisprechung.

**Fahrlässige Kindesstörung.** Ein Dienstmädchen in Jentau hatte sich vor der Strafkammer wegen fahrlässiger Züchtung ihres Kindes zu verantworten. Sie leugnete, schwanger zu sein, und traf gar keine Vorbereitungen zur Geburt. Am 18. Dezember gebar sie einen Sohn, der jedoch gleich nach der Geburt erkrankte. Die Angeklagte will von der Geburt überrascht worden sein. Nach der Geburt legte sie sich in ihrem Zimmer zu Bett und wickelte das tote Kind ein. Die Hausfrau erhielt von der Sache erst Kenntnis, als das Mädchen am nächsten Tage nicht aufstand. Das Mädchen ist noch auf ihrer alten Stelle, da sie sonst tüchtig und ordentlich ist. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis wegen fahrlässiger Kindesstörung.

**Getreide für Kurland.** Der amerikanische „D. Danzig-Antonia“ ist mit 6000 Tonnen Mais und Getreide in Kurland einbehalten. Die Lebensmittel kommen von Neuport und sind für die russischen Hungergebiete bestimmt. **Dampfer „Brückner“** wird, wie mitgeteilt wird, seine Fahrten zwischen Swinemünde und Danzig voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats wieder aufnehmen. **Als gefaßten angehalten** sind von der Kriminalpolizei 1 Autobede 700—80 (Continental), 1 Autoschlach 700—80 (Continental). Einmalige Eigentümer können sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 20, melden.

**Oltwa.** Anmeldung von Schülern. Die Anmeldung der schulpflichtigen Schüler findet infolge der großen Zahl am Donnerstag, den 9. März, von 10 bis 1 Uhr, Freitag, den 10. März, von 10 bis 1 Uhr, Sonnabend, den 11. März, von 10 bis 12 Uhr beim dem Rektor der Schule statt. Geburtsurkunden oder Taufschne wie auch Impfscheine sind mitzubringen.

**Oltwa.** Die Holzverkäufe der Oberförsterei Oltwa finden am 9. März, von 9 Uhr vormittags ab im Kurthaus in Oltwa statt. Zum Verkauf kommen Bauholz, Nuchholz, Kloben, Knüppel. Beim Brennholzverkauf sind Händler nicht zugelassen.

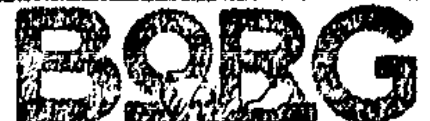
**Oltwa.** Nachdem vor kurzer Zeit ein Haus- und Grundbesitzerverein gegründet worden ist, soll jetzt auch ein Mieterverein ins Leben gerufen werden. Der provisorische Vorstand besteht aus den Herren Cambrian, Korneste, Gieslaff, Nagurski, Madant, Harntsch und Mothader. Die Mieter Oltwa werden zu der Gründungsversammlung am Freitag, den 10. März, abends 7 Uhr, im Lokal „Zur Ostbahn“ aufgerufen.

## Standesamt vom 8. März 1922.

**Todesfälle.** S. b. Kaufm. Dr. hert Gröning, 6 Mon. — S. b. Tapezierers Reichhold Petrowski, 2 J. — Klosterlehrerin Alara Kuhnke, 75 J. 8 Mon. — Annelise Schmitz, ohne Beruf, 16 J. 4 Mon. — Schmied Jacob Labemann, 80 J. 1 Mon. — Lokomotivführer a. D. Heinrich Westphal, 78 J. 1 Mon. — L. b. Arb. Wilhelm Stein, 7 Mon. — Rentnerempfangin Clara Schula, 65 J. 0 Mon. — Frau Klara Fröhke geb. Kahlweit, 60 J. 1 Mon. — Schuhm. Johann Krest, 25 J. 7 Mon.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	5,70—80	am Vortage	5,62—67
Amer. Dollar :	256—58	" "	254—57
Englisches Pfund:	1140	" "	1140—50



**BORG**  
FÜR  
QUALITÄT  
RAUCHER

## Wasserstandsberichte am 8. März 1922.

	6. 3.	7. 3.		
Zawichost	+ 2,54	+ 2,54	Murzebram	+ 5,22
	6. 3.	7. 3.	Montaurenspeje	+ 5,53
Warschau	+ 3,72	+ 3,86	Viedel	+ 4,84
	6. 3.	7. 3.	Dirschau	+ 5,76
Ploca	+ 3,55	+ 3,45	Einsage	+ 3,82
	7. 3.	8. 3.	Schienenhorst	+ 3,32
Thorn	+ 4,74	+ 4,56	Nogat:	
Jordon	+ 4,58	+ 4,28	Schönau D. P.	+ 6,63
Culin	+ 4,58	+ 4,39	Walzenberg D. P.	+ 4,68
Graudenz	+ 4,98	+ 4,76	Neuhorterbuch	+ 2,08
			Rnwachs	+ 1,00

**Eisbericht vom 8. März 1922.** Weichsel: Von Km. 0 (Schilno) bis Km. 56 (Gordon) ganz schwaches Eisstreifen, ab dann bis zur Mündung Strom eisfrei. Sämtliche Eisbrechdampfer in Einlage.

Verantwortlich für Politik Ernst Looops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Friß Weber, beide in Danzig; für Inzerate Bruno Ewert in Oltwa. — Druck von J. Wehl & Co., Danzig.

## Freie Volksbühne.

„Maria Magdalena“ von F. Hebbel.

Kaum ein anderes deutsches Drama ist so sehr geeignet, als dramatisches Erziehungs- und Anschauungsmittel zu wirken, wie dieses Jugendwerk Hebbels, und war insofern die Wahl des Stückes für die Aufführung in der Freien Volksbühne nur zu begründen. Der künstlerische Geschmack weicher Volkstheater ist durch Kino-Dramen und Courtis-Meisterromane verdorben. Wie viele vergießen bei rührseligem Klisché im Kino und auch manchmal im Theater Tränen, bleiben aber bei der Darstellung eines künstlerisch geformten, tragischen Konfliktes völlig unberührt. Hebbels Drama bietet sowohl ergreifendste Tragik, die kein Sonnenstrahl mildert, künstlerisch meisterliche Gestaltung und einen Stoff, der dem Leben der breiten Volksmassen nahe liegt. Es ist das Drama des Kleinbürgerstums. Meister Anton streitet mit seinen strengen und engherzigen Moralbegriffen, die nicht mehr in die neue Zeit passen. So kommt es, daß er am Schluss keinen Ausweg mehr sieht und das ihm aber auch keine Erkenntnis kommt und er in die Worte ausbricht: „Ich verstehe die Welt nicht mehr.“

Carl Kiewer gestaltet den Meister Anton zu einer lebenswahren Kleinbürgergestalt. Sein knorriges Wesen kam aus der harthen Lebensschule und seine schwebende Partherzigkeit aus seinen Kleinbürgerlich strengen Moralbegriffen. Odra Ottenburgs Darstellung der Eitelkölle war ein feines, abgeklärtes Meisterwerk. Nicht zu wechlich, war ihre Maria Magdalena doch von ergreifendster Wirkung. Carl Brückel hielt sich bei der Verkörperung des Schwarzen Leonhard von den Uebertreibungen fern, zu denen diese Rolle leicht verleitet. Der Sekretär (Ferdinand Neurer) erschien an manchen Stellen doch zu explizit. Die Mutter gab Fernin v. Berber in altbewährter Würdigkeit. Die Spielleitung (Carl Kiewer) bot bei den beschränkten Bühnennitteln durchaus Anerkennenswertes.

Ein Stück wie „Maria Magdalena“ ist aber nicht darauf berechnet, daß nach jedem Akt ein lauter Beifall die Wirkung fördert. Die Darsteller werden auch mit Beifall am Schluss des Dramas schon zufrieden sein.

## Danziger Stadttheater: Gaskspiel auf Anstellung.

Einer Wagneraufführung an unserem Theater, selbst der gelungensten, wird man immer nur mit der Klausel „den Verhältnissen entsprechend“ bestimmen können. Es fehlt eben an allen Ecken und Enden doch soviel, besonders in szenischer Hinsicht, daß es kaum zu einer vollstehenden Darstellung kommen kann. Ganz und gar bei den Mängelungen, wo erst der Stil das Werk macht und die Gewalt der allgemeinen Gebärde nicht durch glückliche gestellte Einzelbilder und Szenen weitzumachen ist. Im übrigen soll nicht verkannt werden, daß diese gefestigte „Waffere“ (die am Sonntag eingehender gewürdigt werden soll) unter Leitung von Selberg und Direktor Schaper, in vielem Gesicht zeigte und, soweit sie sich mir bot, die unerläßlich große Geste erstrebte.

Carl Wenhauß vom Stadttheater in Bremerhaven ist als Heldentenor für die kommende Spielzeit in Aussicht genommen. Die Partie des mehr lyrischen Siegmund ließ ihn nur in beschränktem Maße Eignung für sein Fach nachweisen, und er wird erst als Kammersänger zu zeigen haben, was er kann. Gestern zeigte er einstweilen noch mehr was ihm fehlt. Und das ist vor allem die darsstellerische Belebung. Da blieb das meiste in der Skizze stecken und mit ein paar nichtsagenden Armbewegungen war er am Ende seiner Ausbeutung. Stimmlich lag die Partie seinem dunklen Tenor nicht abel. Die Stimme muß noch tüchtig in die Schmelde, um eine Reihe Unebenheiten der Tonbildung zu verlieren. Doch sie hat Kraft und Wohlklang, gehörig — wenn auch in den oberen Registern unwillig — und versteht zu charakterisieren. Besonders aber nahm der Sänger neben guter Vokalisation durch sein Stillsitzen für sich ein, das ihn bei mancher Mäandertätigkeit doch als einen ersten Künstler kennzeichnete, der nie die vornehm große Linie übertritt und auch z. B. in der Erzählung und bei der Todesverkündigung durch kraffe Gläubigung angenehm überraschte. — Als seine Partnerin hatte Reina Bachhaus (Sieglinde) keinen guten Tag. Die Stimme klang spröde und schien auch physisch nicht in Ordnung. Dazu kommt, daß ihr die Waffereunahme fast gänzlich fehlen und alles bei kleiner Form blieb. Ueber die anderen Darsteller, von denen Dr. Schröder als Hunding besonders Lob verdient, das nächste Mal.

B. D.

## Zoppoter Stadttheater: „Hanneles Himmelfahrt“.

Das Weltere dieser ersten Traumbildung ist so stark betont, daß auch schon bloße Wirklichkeitsnäherung ihr weichen des Gefühls erschüttern, gefährden, zerbrechen kann. Um dieses weltersene Nauchdasein muß ein Hauch von Jenseitsnäherung wehen, müssen Enwielteitharmonien klingen, wenn das gleich Tairt Tochterlein zum neuen Leben erweckt Hanneles seinem geliebten Herrn und Meister zu Füßen sinkt und an seiner Vaterhand das lichte Himmelsstör durchschreitet.

Die gefestigte Aufführung, mit welcher die Direktion Norrmann den sechzigjährigen Dichter ehrt, war allenthalben ein Versuch, aber einer, der volle Anerkennung, beinahe Lob verdient. Oberregisseur Rudolf Schönau hatte sich seiner großen Aufgabe mit viel Liebe angenommen; er schuf Bilder und Gruppen von lebender Schönheit. Vielleicht hätte er bei der Verwertung von Lichtwirkungen mehr mit Effekten, ja Illusionen arbeiten sollen. Was er jedoch schuldig blieb — ebenso wie sämtliche Darsteller des Traumes — das war die Gegenfälligkeit, die zwischen den Geschneiffen um das wache und die um das träumende Hannele umbeugt mehr betont werden mußte. Da vermehrte man das Sphärenhafte, Fernweltliche in Ausdruck und Bewegung. Auch die so prächtig charakterisierende Musik mußte noch weit mehr gedämpfter und angeedelter erklingen. Die Darsteller bemühten sich — oft mit viel Erfolg — auch innerlich auf Hanneles Traummotiv zu bleiben, seine und art zu handeln, zu schreiten, zu erleben. Selene Wehrend war in der Hauptrolle besonders dort wirksam, wo sie mit ihren Traumgestalten allein war, wo sie unter deren Eindruck seelische Reflexe feil zeichnete, wo sie die Verklärung des wunden gepeinigten Kindes glaubhaft gestaltete. Darüber vergaß man ihr überre Scheitern an dem Versuch, ihrem festig-hart klingenden Organ Kindesweichheit zu verleihen. Von der großen Zahl der übrigen Darsteller, die ohne Ausnahme ihr Bestes hergaben (trotz häufiger Blide zur Souffleuse), seien nur Willy Böffel (und zwar als der Fremde), Carl Walentin mit seinem trefflich beobachteten Dr. Wadler, Willy Burgz brateler, verzweiflungsbanger Vater Mattern und die sein geschilderte Maske Ebert-Grawows als Todesengel genannt. Diese Aufführung wurde zu einer Feier voll Ernst und dankbarer Erhebung.



# Stadttheater Danzig.

Direktion: Hubert Schaper.

Heute, Mittwoch, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr  
Dauerkarten C 1.

## Macbeth

Die Tragödie in 5 Akten (12 Bildern) von William Shakespeare. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Wierz. Inspektion: Emil Werner. Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.

Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr. Dauerkarten D 1.  
Kassenöffner und der Sängerkreis auf der Wartburg.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1.  
Operette, Operette.

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2. Der alte Schatten. Lustspiel.

# Wilhelm-Theater

verfolgt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Nermann

Heute, Mittwoch, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr  
Kassenöffnung 6 Uhr

## „Faschingshochzeit“

Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Freitag, den 10. März:

## „Walzertraum“.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kassenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6192)

## „Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

# Linden-Restaurant u. -Kabarett

Dir. Gust. Reich Altstädtischer Graben 98 Telefon 2908

## März - Sensations - Programm

Mirri von Wenzel, Steyrische Alpenlieder  
Käthe Danziger, Humorist und Ansager  
Grete Birke, Singsängerin  
Tilly van de Barona ? ? ?  
J. Moschkowitz und S. Radomski, Instrumental-Künstler und Professoren vom Konservatorium aus Kiew  
Liesert und Moor, das Tagesgespräch von Danzig  
Willy Riedel, 30 Minuten Lachsalven

Haupt-Attraktion des Linden-Kabarets:

## Orchester J. Chasman

Herrn von der großen Oper aus Kiew darunter Solisten und Professoren vom dortigen Konservatorium.

Anfang 6.30 Uhr Sonntags ab 4 Uhr:  
Nachmittags-Konzert mit Kabarett-Einlagen

# Internationaler Artisten-Verband 1891

Sicher wie Jold

Sektion Danzig wie Sektion Danzig

## Wilhelm-Theater

Sonnabend, den 11. März 1922, abends 8 Uhr  
zum Besten der Kriegsgeliebten der Stadt Danzig und der Unterstützungskasse von Sicher wie Jold

## Ein Frühlings-Fest in Sicher wie Jold

Fest-Konzert bestehend in der Kapelle der Schutzpolizei unter persönl. Leitung des Obermusikmeist. Ernst Böhleritz.  
Variété-Festprogramm unter gütiger Mitwirkung geschätzter Kunstkräfte hiesiger Kabarets.

## Ein Künstlerscherz od. Aus der Fremde zurück!

Lebensbild mit Gesang unter persönlicher Mitwirkung des Ehrenpräses Onkel Dinsch.  
Festball mit Ueberraschungen aller Art.

Wertvolle Tombola, Preis-Schießstand und and. mehr ???  
Eintrittspreise: Saal 15.— Mark, Logen 20.— Mark im Vorverkauf bei Gebr. Freymann, Kohlmarkt und Drumhaus, Langgasse, sowie im Büro des Wilhelm-Theaters. Abendkasse erhöhte Preise. (6239)

Tischbestellungen rechtzeitig erbeten  
Kriegsgeliebte haben zu dieser Veranstaltung freien Zutritt.  
Das Festkomitee.

# KKB Kleinkunstbühne

Große Allee 10 (6207)

## Das große März-Programm mit Namen, die ein gutes Programm bedeuten!

Fred Altgeler Hum. u. Chansonnier	Lelo Ackosta Vortragskünstlerin	Emmy Dornelly Wiener Soubrette
Rolf v. Freussen und Partnerin moderne Tänzerpaar	Gerda Gerdina Humoristin	Irina Schilwanoff Verwandl.-Tänzerin
Reini Schiffer Illusionist	Viktorino Straßengeiger	Volgt - Spanier Opern-, Spiel- und Gesangsduett

In der Bar: Wiener Schrammeln!

Im Brett! 5-Uhr-Tea mit Tanzvorführung. Im Café: Nachm. und abends Künstler-Konzerte

## Noch alte Preise!

Ohne Zollaufschlag!

Feldgrau Joppen . . .	125 M. u. h.
Bamendmäntel . . .	200 „ u. h.
Kinderanzüge . . .	100 „ u. h.
Herrenanzüge . . .	500 „ u. h.
Burschenanzüge . . .	350 „ u. h.

Militärhosen, Arbeitshosen, Manchesterhosen zu Fabrikpreisen.  
Nur in den Verkaufsstellen von

## Kurt Becker,

4. Damm 11, 1 Tr. u. Högergasse 9, Laden.  
Telephon Nr. 6830. (6219)

## Brennholz

absolut trocken, Verkauf im Proviantamtshuppen,  
Hauptstraße 70.  
Georg Apreck. (6194)

**Erfolg**  
sicher durch  
Gassner's  
Hühneraugen-Pasta  
Waldemar Gassner  
Danzig  
Schwanendrogerie,  
6238

## Fahrräder

Fahrrad-Gummibereifung, Zubehör- und Ersatzteile, Ketten, Pedale, Lenk-  
rängen, Sättel, Gabeln  
usw. noch zu wirklich bill.  
Preis, ohne Zollaufschlag.

Reparaturen  
sachgemäß, schnell u. billig.

## Gustav Ehms,

Fahrrad-Größhandlung,  
1. Damm 22-23.

# Zollfrei

empfehle ich in großer Auswahl:

Herren-Anzüge von 575 M bis 1600 M

Burschen-Anzüge von 395 M bis 950 M

Herren-Ülster-Raglan von 800 M bis 1250 M

Gestreifte Hosen von 110 M bis 450 M

Ferner:

Hüte, Mützen, Krawatten, Selbstblinder,  
Hosenträger, Taschentücher u. Socken.

# Brauns

## Konfektions-Haus

Vorfädt. Graben 15, Ecke Fleischergasse.

6181

**DER NEUE ROMAN**  
*Untergang*  
EIN LEBENSFRAGMENT  
VON  
A. M. DE JONG  
Übersetzt von dem Holländischen  
GEORG GÄRTNER  
Dieses Buch einwert in seiner packenden,  
aufwühlenden Realistik an die Kunst Zolas.  
Es zwingt zum Lesen in einem Zuge und  
hinterläßt stärkevolle Eindrücke.  
Preis 15 Mk, schön gebunden.  
Buchhandlg. Volkswacht  
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32

## Verloren

schwarzes Portemonnaie  
mit 200 Mk. Wochenlohn  
am Freitag nachmittag von  
Stiftswinkel über Ruffisches  
Grab nach Gmaus. Finder  
erhält Belohnung. Ab-  
zugeben bei Freund,  
Stiftswinkel 5, II. Hof. (†)

## Volkspflege

Gewerkschaftlich-Gesell-  
schaftliche Versicherung-  
Aktiengesellschaft  
- Sterbekasse. -  
Kein Policenverkauf.  
Günstige Tarife für  
Erwachsene und Kinder.  
Auskunft in den Bureau  
der Arbeiterorganisationen  
und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig  
Bruno Schmidt,  
Mattenbuden 35.

Stroh-  
Panama-  
Velour-  
Filz-  
**Hüte**  
für Damen und Herren  
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten  
Formen bei sorgfältigster Ausführung in  
kürzester Zeit  
umgepreßt,  
gewaschen und gefärbt.  
Stroh- und Filzhut-Fabrik  
Hut-Bazar zum Strauß  
Annahmestelle  
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.  
(gegenüber der Markthalle). (6178)

**Robert Ehmann**  
Altstädtischer Graben 3  
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.  
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren  
Anfertigung eleg. Herrengarderoben nach Maß  
Damen-Kostüme und Mäntel.  
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufge-  
legenheit zu niedrigen Preisen. (6090)

Postkarte genügt  
mit Angabe des Fabrikats und Schiffens.  
**Kaufe jede Nähmaschine**  
Fenselau & Co., Peterillengasse 9.

Ein  
**anal**  
das nie erlischt, sind  
Ferdinand Lassalle's  
Werke Fr. Diederich  
hat in seinem so-  
eben erschienenen  
Lassalle-Brevier  
in wundervoll. Aus-  
wahl u. Gruppierung  
das Beste aus Las-  
salle's Lebenswerk  
zusammengestellt.  
Das Buch ist zum  
Preis von Mk. 9,50 u.  
20% zu haben in der  
Buchhandlung  
Volkswacht  
Am Spandhaus 6 u.  
Paradiesgasse 32.

**Saare**  
kauft zu höchstem Preis  
Robert Kleefeld,  
Haarhandl., Breitgasse 6.  
6217

**Aufwärterin**  
von sofort gesucht (6237)  
Langf., Heilsbergweg 5,  
1 Treppe links.

Eine Näherin,  
einen Lehrling  
für feine Herrenschneiderei  
braucht Abramowski,  
Schmiddegasse 18, 1 Tr. (†)

# Lichtbild-Theater

Apollo III. Damm 3. (6236)

Spielplan  
vom 8. bis 10. März 1922

Ab heute!  
Die wundervollen Schlußteile mit der über-  
raschenden Lösung!

## „Judex“

Das Rätsel der Kriminalistik.  
9. Episode: Das Erwachen.

10. Episode: Wenn das Herz spricht.

11. Episode: Die Nixe.

12. Episode: Der Sieg der Liebe.  
Propf und Wampfenschrumpter  
Ein Lustspiel mit Hängen und Wägen in drei Akten.  
Sehen und staunen!

# Spiegelwand

175x150 cm billig zu verkaufen.  
Große Bäckerstraße 5,  
Zigarrengeschäft. (†)

# Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue  
Gebisse, Reparaturen in einem  
Tage. Spezialität: Gebisse ohne  
Platte. Gold-Kronen usw. unter  
dossier Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses  
Zahnziehen. Niedrige Kostenbe-  
rechnung.

## Institut für Zahnleidende

Telef. Bieffersstadt 71 Telef.  
2621 2621  
Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.